



Kiel, 18. September 2015

Nr.: 07 /2015

Aus dem Landtag (35. Tagung 16. bis 18. 09. 2015)

Haushaltsentwurf 2016

Der Landtag hat in erster Lesung den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf für den Haushalt 2016 debattiert. Dieser sieht eine Neuverschuldung von nur noch 52 Mio Euro vor, das strukturelle Defizit sinkt um 29 Mio auf 394 Mio Euro. Der Entwurf weist für Leistungen für Flüchtlinge 300 Mio Euro aus und geht dabei von 27.500 Geflüchteten aus, die in Schleswig-Holstein aufgenommen werden. Ein Teil der Mittel geht an die Kommunen (900 Euro Integrationspauschale für jeden Flüchtling, Finanzierung von 30 Koordinierungsstellen), es werden aber auch Sprachkurse finanziert. Weiterhin erwarten wir, dass der Bund seiner Verpflichtung gerecht wird und die bisher zugesagten Mittel von 3 Mrd Euro entsprechend der gestiegenen Flüchtlingszahlen signifikant erhöht.

Unser Schwerpunkt liegt nach wie vor auf Bildung – von der Kita bis zur Uni. Das sind für uns wichtige Investitionen in die Zukunft – anders als für CDU und FDP, die mehr Geld für Investitionen in „Beton“, also vor allem Straßen, fordern und die niedrige Investitionsquote, die jedoch nur Ausgaben für Infrastruktur beinhaltet, kritisieren. Würde man Bildungsausgaben hinzurechnen, was wir angemessen finden, wäre Schleswig-Holsteins Investitionsquote deutlich höher.

Für die Betreuung der unter dreijährigen Kinder erhalten die Kommunen 63 Mio Euro (Betriebskostenzuschuss). Insgesamt gibt das Land für Kitas rund 192 Mio Euro aus. Die Schulen bekommen zur Umsetzung der Inklusion von Kindern mit Behinderung Unterstützung durch Schulassistenten (13 Mio Euro für rund 314 Stellen). Mit Hilfe der BAföG-Mittel zum werden Schuljahr 2016/17 insgesamt 528 Lehrerstellen erhalten, die ursprünglich abgebaut werden sollten. Die rot-grün-blaue Koalition hat angesichts gestiegener Schülerzahlen aufgrund von Flüchtlingskindern 240 neue (befristete) Lehrerstellen geschaffen; diese stehen auch 2016

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

zur Verfügung und werden aus den Bundesmitteln für Flüchtlinge finanziert. Die Hochschulen erhalten eine 10 Mio Euro höhere Grundfinanzierung, die bis 2019 auf 25 Mio Euro aufwächst. Im Pflegebereich finanziert das Land 2016 weitere 300 Ausbildungsstellen und damit insgesamt 2.100. 10 Mio Euro stellen wir für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung.

Zum Schutz der Erstaufnahmeeinrichtungen werden mehr Polizisten nötig sein – auch hier werden wir nachsteuern, denn neue Aufgaben bei der Polizei erfordern mehr Personal.

Der Haushaltsentwurf hält alle Vorgaben der Schuldenbremse ein. Er geht nun in die Beratungen und wird in der Dezember-Tagung in 2. Lesung verabschiedet.

Die Rede des Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner zum Haushalt:

<http://www.spd.ltsh.de/presse/haushalt-und-humanit-t>

Rede von Finanzministerin Monika Heinold zum Haushalt: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VI/Presse/PI/2015/150916_Redete%20Landeshaushalt.html

Landesnaturenschutzgesetz

Die rot-grün-blaue Koalition hat 2014 Eckpunkte für eine Änderung des Landesnaturenschutzgesetzes formuliert, die Landesregierung hat auf dieser Basis einen Entwurf zur Änderung des Gesetzes erarbeitet und diesen nun dem Landtag zugeleitet. Damit wollen wir das vor fünf Jahren von Schwarz-Gelb im Hau-Ruck-Verfahren durchgepackte Gesetz, das Landwirtschaft und Eigentum Vorrang vor Naturschutz einräumt, so ändern, dass es seinem Namen wieder gerecht wird und auch tatsächlich die Natur schützt.

Ziel ist es, unsere Natur, die biologische Vielfalt unseres Landes und unsere einzigartige Kulturlandschaft zu bewahren. Dies ist vor dem Hintergrund einer immer intensiveren wirtschaftlichen Nutzung unseres Landes und des anhaltenden Flächenverbrauchs durch Bau- und Gewerbegebiete, Windanlagen und Stromnetze eine besondere Herausforderung. Es geht darum, unsere wertvolle Natur zu erhalten, zu schützen und Lebensräume zu vernetzen.

Die wichtigsten Punkte sind: Vorkaufsrecht des Landes für ökologisch besonders wertvolle Flächen, Ausweitung des Verbundes von Schutzgebieten und ökologisch wertvollen Flächen auf 15 Prozent der Fläche, erweiterter Schutz für Biotope, Regelung des Betretungsrechts nach bundesweitem Standard, so dass abgeerntete Felder sowie Grünlandflächen außerhalb ihrer Aufwuchszeit betreten werden dürfen. Arten- und strukturreiches Dauergrünland, das lange nicht umbrochen wurde, darf künftig nicht mehr umgepflügt oder gespritzt werden.

Ergänzend werden mit der Novellierung des Landeswaldgesetzes mehr als 3.000 Hektar öffentlicher Waldfläche zu Naturwald erklärt werden; dort dürfen keine Bäume mehr gefällt werden, wodurch sie mehr Tier- und Pflanzenarten Nahrung und Lebensraum bieten.

„Es besteht Handlungsbedarf. Die intensive Nutzung verlangt von uns, ein Gegengewicht zu schaffen. Die Natur gehört zum Reichtum unseres Landes. Das Wenige, was wir an wertvoller Natur noch haben, wollen wir besser vor Zerstörung bewahren und die naturnahen Lebensräume besser vernetzen“, so Umweltminister Habeck in seiner Rede im Landtag.

Dem gegenüber vergoss die CDU Krokodilstränen und beklagte, die Änderungen gingen zu Lasten der Landwirtschaft.

Die Rede der umweltpolitischen Sprecherin Sandra Redmann:

<http://www.spd.ltsh.de/presse/naturschutz-der-seinen-namen-verdient>

Flüchtlingssituation in Schleswig-Holstein

Ministerpräsident Torsten Albig hat im Landtag eine Regierungserklärung zur Flüchtlingssituation in Schleswig-Holstein abgegeben. Die gelebte Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit, die überwältigende Hilfsbereitschaft im Land lobten neben dem Ministerpräsidenten alle Redner im Landtag. Dank gelte allen hauptamtlich Beschäftigten beim Land, in den Kreisen und Kommunen, in den Kitas und Schulen, in den Hilfsorganisationen, bei den Kirchen. Genauso aber den Abertausenden, die ehrenamtlich für die Flüchtlinge im Einsatz sind.

Die Landesregierung hat sich früher als andere auf steigende Zahlen vorbereitet und mit dem Flüchtlings-Pakt im Mai alle Akteure im Land zusammengebracht und eingebunden. Das Land hat inzwischen über 8.500 Erstaufnahmeplätze geschaffen. Es wurden 240 Lehrerstellen mehr an den Schulen und 125 neue DaZ(Deutsch als Zweitsprache)-Stellen geschaffen – damit gibt es insgesamt 358 DaZ-Planstellen.

Bei anhaltend hoher Zuwanderung würden mehr Lehrer, Polizisten und Richter eingestellt, kündigte Albig im Landtag an. Dieses zusätzliche Personal werde aus Bundesmitteln für die Flüchtlinge bezahlt. Das Stellen- und Personalkostenbudget der Polizei im Haushalt 2016 werde erhöht, um bis zu 200 weitere Mitarbeiter finanzieren zu können. 2016 würden die Ausbildungsplätze bei der Polizei um 100 Stellen aufgestockt und damit insgesamt rund 400 Nachwuchskräfte eingestellt.

Der Ministerpräsident bat um Verständnis, wenn sich Menschen vor Ort übergangen fühlten, doch wenn innerhalb weniger Tage mehrere hundert Erstaufnahmeplätze in Gemeinden wie z. B. Putlos entstehen sollten, „dann kriegen wir es im Augenblick nicht anders hin“.

Er machte auch deutlich, dass für einen Zeitraum mit etwas geringeren Standards – etwa bei den Energiespar- und Vergabevorschriften, beim Bauplanungs- und Landesplanungsrecht – gebaut werden müsse, damit schneller und günstiger gebaut werden könne.

Forderungen in der Debatte waren: schnellere Asyl-Verfahren, Zugang zu den Hochschulen für anerkannten Asylbewerber, eine schnellere Prüfung ausländischer Abschlüsse. Einig waren sich die Redner, dass eine gemeinsame europäische Flüchtlings- und Asylpolitik unabdingbar sei.

Eine generelle Abschiebung von Menschen aus den Balkanländern lehnen außer der CDU alle Fraktionen im Landtag ab. Es sei ein Gebot der Humanität, Kinder, Alte, Kranke und Schwangere während des Winters nicht in gefährliche Situationen zurückzuschicken.

Erforderliche Rückführungen würden jedoch angemessen und konsequent durchgeführt, so der MP. Der CDU-Fraktionsvorsitzende verlangte dagegen „klare Unterschiede“ zwischen Menschen aus Kriegsgebieten und Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten. Er forderte gesonderte Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber ohne absehbare Aussicht auf ein Bleiberecht, um



Rückführungen besser zu organisieren. Solche „Abschiebelager“ lehnt die SPD ebenso wie eine Wiederöffnung der Abschiebehaftanstalt in Rendsburg, was die CDU ebenfalls angeregt hatte, strikt ab.

Regierungserklärung von MP Torsten Albig: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung//_startseite/Artikel/150918_MP_RegierungserklaerungFluechtlinge_mitPI.html

Die Rede von Ralf Stegner zu diesem Thema: <http://www.spd.ltsh.de/presse/die-herausforderung-annehmen-chancen-nutzen-heimat-sein>